

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 35/39  
Telefax: 8 88 848 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns zu den  
Vorschlägen des DDR-Premiers:  
Scheitert Modrows Plan an  
Bündnisfrage?

Seite 1

Karl-Heinz Hiersemann MdL  
zur Münchner Weigerung,  
einen Armuts-Bericht zu er-  
stellen: CSU-Regierung leug-  
net soziale Probleme.

Günter Verheugen MdB zur  
außenpolitischen Isolierung  
der CSU: Sprachrohr ameri-  
kanischer Interessen.

Seite 4

Florian Gerster MdB zu be-  
merkenswerten Vorschlägen  
des Parlamentariers Les  
Aspin: Die Strukturreform  
der US-Streitkräfte.

Seite 5

Dr. Alfred Emmerlich MdB  
zum Ausscheiden von Rudolf  
Wassermann aus dem Justiz-  
Dienst: Die sozialdemokrati-  
sche Rechtspolitik mitgestal-  
tet.

Seite 6

45. Jahrgang / 24

2. Februar 1990

Scheitert Modrows Plan an der Bündnisfrage?

Zu den Vorschlägen des DDR-Premiers

Von Dr. Wilhelm Bruns  
Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung

I.

Nichts auf der Welt ist so stark wie eine Idee, deren Zeit gekom-  
men ist. Die Deutsche Einheit ist eine solche Idee, deren Zeit  
heute offenbar gekommen ist.

Dies gilt insbesondere nach der neuen Positionsbestimmung  
von Gorbatschow zur deutschen Frage am 30. Januar und wird  
verstärkt durch den Stufenplan von Modrow vom 1. Februar 1990.  
Was vor ein paar Wochen noch eine Sensation gewesen wäre,  
wird nicht mehr als eine solche empfunden. Dies hängt damit  
zusammen, daß es nur noch eine Frage der Zeit war, bis die DDR-  
Regierung ihre bislang vertretene These von der Zweistaatlichkeit  
aufgeben würde. Modrow hat erst am 11. Januar 1990 in seiner  
Regierungserklärung vor der Volkskammer der DDR den Einheits-  
gedanken strikt zurückgewiesen. Als Brücke zu seinem Plan von  
gestern läßt sich allenfalls sein Satz werten: „Die Perspektive  
des Verhältnisses der deutschen Staaten zueinander ist eine Frage  
der Zukunft.“ Die Zukunft hat schon begonnen.

Nachdem nun auch die DDR-Regierung mit der Perspektive der  
deutschen Einheit an den deutschen Alltag herangehen will, gibt  
es nun keine politische Kraft in Europa, die gegen die deutsche  
Einheit ist. Das Ob ist nicht mehr die Frage. Jetzt geht es um das  
Wie. Zum Wie hat Modrow einen Plan vorgelegt, der zur Stellung-  
nahme zwingt - die Bundesregierung, die Parteien, die drei Mächte  
und die UdSSR, wenngleich davon auszugehen ist, daß Modrow  
seinen Vierstufenplan mit Gorbatschow anläßlich seines Besuches  
in Moskau abgestimmt hat.

II.

Modrows Stufenplan ist ein Vorschlag. Wie auch der sogenannte  
Zehn-Punkte-Katalog des Bundeskanzlers ein Vorschlag war.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Haussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwert und Versand.

Finanzieren: Umsetzung  
mit unseren Rückstellungen  
Kunzele-Partner



Zwischen beiden Vorschlägen gibt es zahlreiche Berührungspunkte. Aber auch Unterschiede. Der Vorschlag von Modrow ist umfassender. In mindestens zwei Punkten: Er fordert die Vier Mächte auf, ihre „Absicht (zu) erklären, nach Bildung eines einheitlichen deutschen Staates alle aus dem Zweiten Weltkrieg und der Nachkriegsperiode entstandenen Fragen abschließend zu regeln einschließlich der Anwesenheit ausländischer Truppen auf deutschem Boden und der Zugehörigkeit zu Militärbündnissen“. Und zweitens thematisiert er die sicherheitspolitische Komponente der deutschen Einheit, indem er vorschlägt: „Militärische Neutralität von DDR und BRD auf dem Weg zur Föderation.“

Es war zu erwarten, daß die Bundesregierung wie die politischen Parteien in Bonn den Vorschlag der militärischen Neutralität herausheben und strikt zurückweisen würden. Deutsche Einheit ja, militärische Neutralität nein. Dies scheint die Bonner Formel zu sein. Nur: Diese Formel taugt nicht viel zur Erörterung und Lösung des Problems. Dazu zwei Gesichtspunkte:

### III.

Modrows Vorschlag und Reaktion darauf gehen von einem überkommenen Denken in festen Blöcken aus, die sich feindlich gegenüber stehen. Dies ist ein statisches Herangehen. Wichtiger scheint mir ein zweiter Gesichtspunkt zu sein: Wenn man davon ausgeht, daß gute Voraussetzungen für einen Prozeß bestehen, bei dem die Bündnisse in einer europäischen Sicherheitsstruktur aufgehen, verliert das Stichwort Neutralität seinen Schrecken. Nimmt man die jüngsten Truppenreduzierungsvorschläge des amerikanischen Präsidenten hinzu, dann wird deutlich, daß der Prozeß der Demilitarisierung Europas und Überlegungen zur Neukonstruktion des europäischen Sicherheitssystems der geeignete Rahmen für die deutsche Einheit sind.

### IV.

Man sollte auf einen weiteren Punkt hinweisen: Modrows Vorschlag einer „militärischen Neutralität von DDR und BRD auf dem Weg zur Föderation“ ist als Kontrapunkt zu der Position im Westen zu sehen, wonach das vereinte Deutschland Mitglied der NATO bleibt. Beides geht nicht. „Wer schon im Lasso des Wünschenswerten beginnt, kommt nicht weit“ (Dahrendorf). Dies bedeutet: Es müssen neue Ansätze, neue Ideen, neue Wege gesucht werden, damit die Entwicklung zur deutschen Einheit nicht durch Bedingungen unnötig belastet wird. Wer die Bündnisfrage jetzt beantworten will und dazu als Antwort „Deutschland bleibt NATO-Land“ bietet, verbaut den Weg zur deutschen Einheit. Dies müßte eigentlich allen klar sein! (-/2.2.1990/vc-he/rs)

\* \* \*

**CSU-Regierung leugnet soziale Probleme**

-----  
Zur Münchner Weigerung, einen Armuts-Bericht zu erstellen

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL  
Vorsitzender der Bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Die CSU-Landesregierung verhält sich gegenüber den sozial Schwachen und Benachteiligten ebenso hartherzig wie jene Familie, die vor Besuchern den alten kranken Großvater versteckt, weil er die schöne Optik trüben könnte.

Innerhalb weniger Tage hat die CSU zweimal unter Beweis gestellt, daß ihr jedes Gefühl für Mitmenschlichkeit und soziale Not verlorengegangen ist. Am 16. Januar hat der CSU-Ministerrat wieder den skandalösen Versuch gemacht, durch Manipulationen an der Arbeitslosenstatistik von der Tatsache abzulenken, daß sich die Zahl der Arbeitslosen in Bayern von 37.000 im Jahre 1970 auf 305.000 im Jahre 1988 mehr als verachtzefacht hat. Und am 19. Januar hat es der CSU-„Sozial“-Minister Glück abgelehnt, dem Parlament - wie von der SPD gefordert - in regelmäßigen Abständen einen Armutsbericht vorzulegen.

Geradezu abenteuerlich ist die Begründung des CSU-Sozialministers, wonach durch einen solchen Bericht in der Öffentlichkeit ein „völlig falscher Eindruck“ vermittelt würde. Was heißt denn hier „falscher Eindruck“? Will Herr Glück leugnen, daß sich beispielsweise die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten von 1970 bis 1980 versiebzehnfacht hat, nämlich von 1.000 auf 17.000, und daß die Zahl der Sozialhilfeempfänger mit 267.181 im Jahre 1988 fast dreimal so hoch ist wie 1970 mit 92.258?

Diese Zahlen sind schließlich keine Erfindung der SPD. Sie werden schon seit Jahren immer dringlicher von den kirchlichen und caritativen Organisationen in den Vordergrund gestellt. Geradezu absurd erscheint die Warnung Glücks, man solle Armut nicht „herbeireden“. Wie macht man das? Die immer größere Armut entsteht nicht durch darüber reden, sondern durch die rabiate Ellbogenpolitik dieser CSU-Regierung, und verschwindet nicht durch bewußtes Verschweigen.

Wir warnen die CSU vor dem Irrglauben, durch ständiges Tricksen und Täuschen von dem Versagen ihrer Sozialpolitik ablenken zu können.

Wir Sozialdemokraten werden den Menschen deutlich machen, wer sich ihrer Sorgen und Nöte wirklich annimmt und wer nur in Sonntagsreden auf Akademieveranstaltungen Mitgefühl und Hilfe heuchelt. Soziale Gerechtigkeit wird in Bayern zu einem zentralen Punkt in der Auseinandersetzung mit der CSU werden.

(-/2.2.1990/va-he/rs)

\* \* \*

Sprachrohr amerikanischer Interessen

Zur außenpolitischen Isolierung der CSU

Von Günter Verheugen MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Die CSU tut sich schwer mit der neuen Zeit - ihre außenpolitische Erblast macht ihr zu schaffen. In Bonn ist das Ergebnis zu besichtigen, in Bayern hat es sich noch nicht so herumgesprochen: der außenpolitische Einfluß der CSU schwindet rapide, auf wichtigen Feldern gerät sie in eine fatale Isolierung. Die jüngste Fehlleistung, die diesen Prozeß beleuchtet, war die Erklärung der CSU, ein vereinigtes Deutschland könne in der NATO bleiben. Die CSU hat damit eine Position übernommen, die in Washington erdacht worden ist - erkennbar zu dem Zweck, den nach amerikanischer Auffassung viel zu schnell ablaufenden Einigungsprozeß zu stoppen, wenigstens aber zu bremsen.

Die CSU fungiert als Sprachrohr amerikanischer Interessen gegen die deutschen nationalen Interessen. Niemand kann heute sagen, wie die Bündnisse in Europa und der deutsche Einigungsprozeß einmal zusammenpassen werden. Aber eines steht fest: weder kann sich die NATO bis an die Oder-Neiße-Grenze ausdehnen noch der Warschauer Pakt bis an den Rhein. Aus deutscher Sicht wird so die Umwandlung der Allianzen in ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem zur dringlichen, zentralen Frage.

Mit ihrer Maximalforderung steht die CSU in der deutschen Landschaft mutterseelenallein da. In Verbindung mit ihrer beharrlichen Weigerung, die Diskussion über die polnische Westgrenze ein für allemal zu beenden und die Grenze im Rahmen des KSZE-Prozesses völkerrechtlich wirksam zu garantieren, wird die Haltung der CSU zu einem massiven Hindernis für das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten. Wer ein Gesamtdeutschland als NATO-Partner fordert und dazu noch den Eindruck erweckt, er verfolge Gebietsansprüche östlich von Oder und Neiße, der spielt allen Kräften in Ost und West in die Hände, denen der jetzige Status Deutschlands, nämlich geteilt und in zwei Bündnissen, eigentlich lieber ist.

Das alles paßt ebensowenig zum sonstigen nationalen Auftrumpfen der CSU wie ihr beredtes Schweigen zu den Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Auch hier tritt die CSU allenfalls als Bedenkenenträger auf. Sie lebt noch ganz in der Zeit, in der Politik durch die Demonstration militärischer Stärke ersetzt wurde.

Es rächt sich jetzt, daß in der Strauß-CSU die Außenpolitik reine Chefsache war. Jetzt sind weder Personen noch Ideen da, mit denen die CSU den Anschluß an die veränderte Lage in Deutschland und Europa gewinnen könnte.

(-/2.2.1990/vv-hg/rs)

\* \* \*

**Die Strukturreform der US-Streitkräfte**

Zu bemerkenswerten Vorschlägen des Parlamentariers Les Aspin

Von Florian Gerster MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses, der Demokrat Les Aspin, hat im Vorfeld der Beratungen des US-Verteidigungshaushaltes bemerkenswerte Vorschläge zur Umstrukturierung der amerikanischen Streitkräfte gemacht. Angesichts der zu erwartenden Überwindung der sowjetischen Bedrohung müßten sich alle Teilstreitkräfte der USA, vor allem aber das Heer in Ausmaß und Struktur den veränderten Rahmenbedingungen anpassen.

Die Marine könne ihre Kontrollfunktion auf See drastisch abbauen; ihre Fähigkeit zur flexiblen „Kräfteentsendung“ müsse dagegen verstärkt werden. In der Rüstungsplanung bedeute dies weniger U-Boote und mehr Flugzeugträger.

Die Militärausgaben der Vereinigten Staaten müßten vor allem in den Bereichen gekürzt werden, in denen die militärische Bedrohung durch den Warschauer Pakt bereits nachweisbar abgenommen habe:

- Die Vorwarnzeiten seien angesichts der sicherheitspolitischen Situation im Warschauer Pakt bereits vor den jüngsten Ereignissen in Osteuropa von den amerikanischen Nachrichtendiensten auf 34 bis 44 Tage verlängert werden.
- Der einseitige sowjetische Truppenabzug habe ihre Kampffähigkeit gegenüber der NATO bereits um zehn bis zwanzig Prozent verringert.
- Ein noch in diesem Jahr zu erwartender positiver Abschluß der Phase I der Wiener Verhandlungen (VKSE) werde die Streitkräfte des Warschauer Paktes halbieren.
- Die Produktionsquote sowjetischer Panzer habe sich 1989 bereits auf 1.700 Stück halbiert und werde in diesem Jahr auf etwa 900 Panzer sinken.

Die Bedrohung - so Les Aspin - habe vor allem in Europa deutlich abgenommen. Daraus müßten auch Konsequenzen für Personal und Einsatzbereitschaft gezogen werden:

- Herabsetzung der Bereitschaft der vorne stationierten Alliierten Truppen,
- das heißt: Reduzierung von Übungs- und Ausbildungsaktivitäten (Tiefflug?),
- mehr Streitkräfte könnten der Reserve überstellt - also gekadert - werden.

Um die Rüstungsspirale zu stoppen und gleichermaßen für einen Klimesturz im Ost-West-Verhältnis gewappnet zu sein, schlägt Les Aspin die Schwerpunktverlagerung von der Produktion auf Forschung und Entwicklung für neue Waffensysteme - ohne ihre Produktion - vor.

Die Bush-Administration habe die Haushaltsberatungen vor allem durch ihre Informationsverweigerung über die Veränderung der sowjetischen Bedrohung erschwert.

Les Aspin: „Der Haushalt muß zweifelsohne gekürzt werden. Die Frage ist nur, wie klug.“ (\*)

(\* In einer Rede beim Nationalen Strategieforum in Chicago am 19. Januar 1990)

(-/2.2.1990/vo-he/rs)

Die sozialdemokratische Rechtspolitik mitgestaltet  
Zum Ausscheiden von Rudolf Wassermann aus dem Justiz-Dienst

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Der Präsident des Oberlandesgerichts Braunschweig, Rudolf Wassermann, tritt in diesen Tagen in den Ruhestand. Rudolf Wassermann steht in der ersten Reihe derjenigen, die es nicht bei einer Kritik an der restaurativen Rechtspolitik der Adenauer-Ära bewenden ließen, sondern eine grundlegende Rechtsreform forderten und zugleich konzipierten.

Rudolf Wassermann hat für diese große Rechtsreform überall, wo er dazu Gelegenheit hatte, die Trommel gerührt. Dank seiner Fähigkeit, die Reformziele in Vorträgen, Diskussionen sowie in zahllosen Aufsätzen auch in Büchern überzeugend darzustellen, ist es nicht zuletzt ihm zu verdanken, daß die Justizreform von den Medien aufgenommen und damit zum öffentlichen Thema wurde, daß Wissenschaftler und Praktiker sich der Justizreform annahmen und daß auch die Politik sich mit ihr auseinandersetzte.

Rudolf Wassermann ist Sozialdemokrat. Daß die SPD mit ihrem ersten rechtspolitischen Kongreß in Heidelberg eine reformerische Rechtspolitik zu einem ihrer Hauptprogrammpunkte machte und in den rechtspolitischen Leitsätzen von Nürnberg wichtige Reformziele konkretisierte, war ein Erfolg der Reformen, an dem Rudolf Wassermann in besonderer Weise beteiligt war.

Rudolf Wassermann war es vergönnt, an der Verwirklichung der Reformpolitik auf höchster Ebene als Pressesprecher von Gustav Heinemann und vor Ort als Landgerichtspräsident in Frankfurt und Oberlandesgerichtspräsident in Braunschweig mitzuwirken. Die Breite und Tiefe der Einsichten und Erfahrungen, die er durch diese Aktivitäten gewonnen hat, ist bei nur wenigen anzutreffen und sollte genutzt werden.

Rudolf Wassermann war einer der ersten, der die Internationalität der Rechtspolitik erkannte und daraus auch praktische Konsequenzen zog, unter anderem die der Kontaktaufnahme zu rechtspolitisch orientierten Rechtswissenschaftlern und zu Rechtspolitikern anderer Länder. Was die Zusammenarbeit mit der österreichischen Rechtspolitik und ihrem herausragenden Vertreter Christian Broda angeht, hat Rudolf Wassermann wiederum die Rolle des Vordenkers und Vorreiters übernommen. In Österreich wird er zu Recht als einer der großen Rechtsreformer angesehen und gefeiert.

Rudolf Wassermann ist seinen Überzeugungen stets treu geblieben. Er ist, obwohl er in manchen konservativen Kreisen der Justiz und der Rechtspolitik als solcher angesehen wurde, nie ein Umstürzler gewesen, sondern ein Reformen, der nicht Utopia anstrebte, sondern „Reformen mittlerer Reichweite“. Rudolf Wassermann hat sich den Tages- und Zeitströmen nicht gebeugt. Auch dann nicht, wenn das für ihn mit Nachteilen verbunden war. Rudolf Wassermann ist, wenn es ihm notwendig erschien, keiner Auseinandersetzung und keinem Kampf aus dem Wege gegangen. Aber Rudolf Wassermann ist nicht streitsüchtig, und er weiß, daß in einer Demokratie der Kompromiß und der Konsens gesucht und gefunden werden müssen.

Wenn einleitend mitgeteilt worden ist, Rudolf Wassermann gehe in den Ruhestand, so ist diese Aussage nur formal richtig. Wer Rudolf Wassermann und sein Wirken kennt, weiß, daß es für ihn nie einen Ruhestand gibt. Und das ist gut so, für ihn, für das Rechtswesen in der Bundesrepublik und für die Sozialdemokratie.

Rudolf Wassermann ist einer von denen, die sozialdemokratische Rechtspolitik mitgeformt und mitgestaltet haben.

Die SPD dankt Rudolf Wassermann. Ihre guten Wünsche begleiten ihn auf seinem neuen Lebensabschnitt.

(-/2.2.1990/va-ha/rs)